



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 898 890

P/XIV/222 - 1. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Schröders Handstreich gegen die Demokratie Notwendige Bemerkungen zur beabsichtigten neuen "Rundfunkordnung" Von Heinz Kühn, MdB	96
3 - 4	Eine neue katholische Partei in Italien Katholiken ohne "blinden Gehorsam"	78
5	Das Attentat auf die Fahne Eine Willkürmassnahme Pankows	39
6	Geh mit der Zeit - geh mit der SPD Sechshunderttausend ziehen an einem Strang	36
7	Was die deutsche Wissenschaft braucht Finanzierung zur Förderung	33

* * *
* * *

Schröders Handstreich gegen die Demokratie

Von Heinz Kühn, MdB

Die SPD vermag zwar das von der Bundesregierung behauptete Gesetzgebungsrecht des Bundes in Rundfunkfragen nicht anzuerkennen, solange nicht eine verbindliche verfassungsrechtliche Entscheidung herbeigeführt worden ist, aber sie hat immer erklärt, daß ihr bei der Rundfunkordnung nicht die Formen vorrangig erscheinen, unter denen sie erfolgt, sondern die Inhalte, zu denen sie führt: Unabhängigkeit und Überparteilichkeit dieses wirkungsmächtigsten Instruments der Meinungs- und Gesinnungsbildung müssen garantiert sein, gleichgültig ob die Zuständigkeitsordnung des Grundgesetzes einen Staatsvertrag vorschreibt oder ein Bundesgesetz erlaubt.

So hat sich denn auch die Bundestagsfraktion der SPD nicht geweigert, die Gesetzgebungsabsichten der Bundesregierung ernsthaft zu prüfen, obwohl keine der in jüngster Zeit gelegentlich in der Presse behaupteten Besprechungen, Verhandlungen oder gar Vereinbarungen zwischen SPD und CDU stattgefunden haben. Der von Innenminister Schröder nunmehr vorgelegte Entwurf kann auch in Zukunft keine Grundlage für ein solches Gespräch sein. Er ist nichts anderes als eine Kriegserklärung an die Länder, unabhängig wie sie regiert sind, und vor allem ein Handstreich gegen die Demokratie.

Wir verstehen, daß Adenauer dem Rundfunk- und Fernsehproblem "Dringlichkeitsstufe 1" beigemessen hat und verlangt, daß ab Januar 1961, also neun Monate vor der Bundestagswahl, ein zweites Fernsehprogramm ausgestrahlt wird. Der Wahlkampf in England beweist gerade in diesen Tagen, zum erstenmal in Europa, welche geradezu wahlentscheidende Bedeutung dem Fernsehen zukommen kann.

Wenn in England jedoch die absolute Gleichwertigkeit von Regierungs- und Oppositionssendungen sowohl der Zeitpunkt als der Zeitmenge der Sendungen nach streng gewährleistet ist, so will der Entwurf der Bundesregierung jetzt das zweite Fernsehprogramm trotz aller lauthals verkündeten Dementis zum einseitigen Regierungsinstrument machen. Das Aufsichtsgremium für die Anstalten soll durch ein Bündnis von Bundesregierung, Privatwirtschaft und Kirchen gebildet werden, wobei die von den CDU-Experten in ihren Verlautbarungen geäußerte Selbstverständlichkeit, dass die Bundesvertreter natürlich von Bundesregierung und Bundestag nach dem Verhältnis seiner politischen Kräfte bestimmt werden müssten, völlig über Bord geworfen sind. Die -den Sozialpartnern in zwei der neu zu schaffenden Anstalten in Aussicht gestellte Auch-Beteiligung ist dabei nur eine Verschleierung der Tatsache, dass hier eine Regierungsaufsicht etabliert werden soll. Die Beteiligung von Politikern der Parteien in den Aufsichtsgremien wird ersetzt durch die Bestimmung der Minister über die Aufsichtsgremien. Die Beseitigung des "peinlichen politischen Proporz" durch die klare Vorherrschaft der Bundesregierung nennt der Innenminister eine "innerlich ausgewogene, von Interessenauffassungen unabhängige Rundfunkordnung".

Ein Wort noch zur Bestimmung der für die drei neu zuschaffenden Anstalten vorgesehenen Intendanten. Hier wird die Regierungsabsicht vollends offenkundig.

Aus einer von dem vorstehend charakterisierten Gremium vorgeschlagenen Namensliste soll der Bundespräsident in "freier Wahl" die Intendanten bestimmen. Nicht wir wollen das Amt des Bundespräsidenten hier in die Diskussion ziehen, wenn auch die Erinnerung an die Umstände seiner Wahl wachruft, wie sehr der Vorsitzende der CDU dieses Amt als parteipolitisches Machtinstrument wertet, d.h. entwertet. Aber wer den Bundespräsidenten unter solche Voraussetzungen der von der Bundesregierung beschränkten Auswahlmöglichkeiten stellt; mißbraucht das höchste Staatsamt für die Zwecke der Regierungspartei.

Das sorgfältig taktierende Vorgehen in diesem Entwurf zeigt, wie die Bundesregierung um das Werben von Bundesgenossen bemüht ist: der "Deutschland-Funk" soll seinen Sitz in Berlin erhalten, eine seit Jahren erhobene Forderung der SPD, gegen die die Bundesregierung bisher erbittert gestritten hat. Den Kirchen soll ein Drittel der Sitze in den Aufsichtsgremien eingeräumt werden. Der Privatwirtschaft werden hohe Profite aus dem Werbefernsehen in Aussicht gestellt. Ein lockender Finanzausgleich soll die kleineren Rundfunkanstalten gewinnen. Jedem Interessenten wird ein arabeskenhaftes Türmchen am Gebäude der Rundfunkordnung versprochen, damit er mithilft, der Bundesregierung die absolute Herrschaft im Hause zu ermöglichen.

Auch der "Deutsche Rundfunk-Verband" mit der finanziellen Ausgleichskasse im Hintergrund als Mittel der finanziellen Manipulierung der Rundfunkanstalten ist in dem Regierungsentwurf wieder enthalten. Der Bundesinnenminister erklärt zwar in biedermännischer Weise, daß die Bundesregierung die durch die Landesgesetze geschaffenen Rundfunkanstalten "als gegeben hinnehmen" werde und zur "bereitswilligen Pflege des Status quo" bereit sei. Aber wer die Bestimmungen des Gesetzentwurfs hinsichtlich der finanziellen Absichten kennt, bedarf keiner besonderen Prophetengabe im Hinblick auf die Art und Weise, in der hier über die neu geschaffenen Bundesanstalten hinaus die Programmgestaltung und Informationsarbeit auch der "hingenommenen" Länderanstalten an die Kette der Regierungskontrolle gelegt werden soll.

Dieser Gesetzentwurf wird alle Kräfte, denen an der demokratischen Ordnung unseres Staatswesens gelegen ist, in höchstem Alarm versetzen müssen. Die CDU wird in den Beratungen zu erkennen geben müssen, ob sie den verhängnisvollen Weg, den Staat und die von ihm geschaffenen öffentlichen Einrichtungen zu einem Hilfsinstrument der regierenden Partei zu machen, mitgehen will.

Die Kirchen werden zu erkennen geben müssen, ob sie sich für eine von der Bundesregierung angebotene lockende Machtbeteiligung am Instrument des Rundfunks die Bedenken abkaufen lassen wollen, die sie in so nachdrücklicher Weise bisher gegen die Programmgestaltung des Fernsehens durch die Privatwirtschaft erhoben haben.

Die Länder werden zu beweisen haben, daß sie der Kapitulationszumutung, die ihnen hier in Schröderscher Manier hingeworfen worden ist, die Bereitschaft zum Kampf entgegenzusetzen gewillt sind.

Der Bundestag wird sich einen demokratischen Ehrentitel erwerben, wenn er einem solchen Gesetzentwurf die Mehrheit verweigert.

Eine neue katholische Partei in Italien

P. E. - Rom

Als vor einem Jahr Silvio Milazzo, der neugewählte Präsident der sizilianischen Regionalregierung, aus der Democrazia Cristiana ausgeschlossen wurde und eine von dieser unabhängige katholische Partei gründete, wählte er für diese den Namen "Unione Siciliana Cristiano-Sociale", also "Sizilianische Christlich-Soziale Union". Zunächst auf Sizilien beschränkt, erwies sich diese neue politische Formation dort als durchaus erfolgreich, so dass Milazzo zum grössten Unbehagen der Democrazia Cristiana auch nach der Neuwahl des Regionalparlaments wieder an die Spitze der sizilianischen Regierung treten konnte.

Niemand in ganz Italien, und am wenigsten die Führung der Democrazia Cristiana selbst, verkennt die Bedeutung der Tatsache, dass damit das Monopol auf den politischen Katholizismus durchbrochen worden ist, das die Democrazia Cristiana seit Kriegsende aufrechtzuerhalten versucht hat. Noch wichtiger aber wird diese neue Entwicklung, seit der "Milazzismo" die Strasse von Messina übersprungen und auf dem italienischen Festland Fuss gefasst hat.

Schon indem sich Milazzo für die Bezeichnung "christlich-sozial" entschied, knüpfte er an eine Bewegung an, die in der ersten Nachkriegszeit im politischen Leben Italiens eine gewisse Rolle gespielt hat. Ihr Schöpfer war jener Professor Gerardo Bruni aus Rom gewesen, der einst als Parteiführer und als Abgeordneter in der Konstituierenden Nationalversammlung für die Idee einer linksgerichteten, nicht den Weisungen der Kurie unterworfenen, also von jedem "blinden Gehorsam" freien Katholizismus eingetreten war.

Gerardo Bruni, der heute 63-jährige Führer der "Christlich-Sozialen Partei" der ersten Nachkriegszeit, war anderthalb Jahrzehnte lang Bibliothekar in der Vatikanischen Bibliothek und in dieser Eigenschaft der unmittelbare Vorgesetzte Alcide de Gasperis gewesen. Dies hinderte ihn nicht, ein Parteiprogramm zu verkünden, das ihn sogleich mit dem Vatikan in Konflikt bringen musste. "Die Christlich-Soziale Partei", so hiess es in diesem Programm, "ist eine sozialistische Partei, insofern sie mit den anderen sozialistischen Parteien das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und nach garantierter Freiheit von der Not für alle Arbeiter sowie die Entschlossenheit teilt, das kapitalistische System zu stürzen und gegen jede Ausbeutung fremder Arbeit zu kämpfen."

Damit noch nicht genug, erklärte Bruni weiter: "Die Christlich-Soziale Partei ist eine revolutionäre Partei. Sie verweigert den alten Systemen die Gefolgschaft und schlägt vor, sie durch völlig neue, gerechtere und menschlichere Systeme zu ersetzen." Vom Marxismus unterscheidet sich Brunis Bewegung, wie er selbst erklärte, lediglich durch die Ablehnung der atheistisch-materialistischen Philosophie und der auf dem Klassenhass beruhenden Kampfmethoden.

Als es in der Konstituierenden Nationalversammlung zur Debatte darüber kam, ob die Lateranverträge zwischen dem faschistischen Italien und dem Heiligen Stuhl in die neue republikanische Verfassung übernommen werden sollten, stimmte Bruni, der seinen Sitz auf der linken Seite des Hauses eingenommen hatte, gegen die von der Democrazia Cristiana beantragte Übernahme der Lateranverträge, da er, wie er meinte, gerade als gläubiger Katholik einen konfessionellen Staat ablehnen müsse.

Diese Haltung trug ihm beinahe sofort den Verlust seiner Stellung in der Vatikanischen Bibliothek ein, so dass ihn nur die Übernahme eines Lehramtes an der römischen Universität vor dem Hunger rettete. Die Offensive der vom gesamten Klerus unterstützten Democrazia Cristiana brachte Bruni dann auch bald um sein Abgeordnetenmandat, und von da an wurde es still um Gerardo Bruni, der erst jetzt wieder ein Comeback versucht.

In Mailand hat nämlich der 37-jährige frühere Funktionär der Katholischen Aktion Luigi Rebuzzini den Wiederaufbau der Christlich-Sozialen Partei unternommen und Professor Bruni aufgefordert, seinerseits von neuem für diese Partei tätig zu sein. Binnen wenigen Monaten sind bereits Gruppen der wiedererstandenen Christlich-Sozialen nicht nur in Mailand, sondern auch in Bergamo, Brescia, Como, Varese, Cremona, Mantua und Pavia gesammelt worden, und weitere Gruppen sind in Pescara, Bari und Matera im Entstehen.

Gerardo Bruni und seine Anhänger erhoffen sich schon von dem im Oktober stattfindenden christlich-demokratischen Parteikongress eine wesentliche Stärkung ihrer Mitgliederzahl. Denn dort wird es voraussichtlich zu schweren Zusammenstößen zwischen dem linken und dem rechten Flügel der Partei kommen, und wenn der rechte zu guter Letzt siegen sollte, ist mit einem beachtlichen Massenabfall unzufriedener Parteigänger der Linken zu rechnen, von denen sich nicht wenige der Partei Brunis und Rebuzzinis anschließen dürften.

Damit wäre auch auf dem Festland der erste ernsthafte Schritt zu jener Spaltung der katholischen Kräfte in einen fortschrittlichen linken und einen konservativen rechten Teil getan, von der viele Beobachter des politischen Lebens in Italien seit längerem den entscheidenden Umschwung in den parlamentarischen Kräfteverhältnissen und damit in der Sozialpolitik dieses Landes erwarten.

Das Attentat auf die Fahne

U.D. - In seinem blindwütigen Eifer, den Graben zwischen den beiden Staatsteilen tiefer zu ziehen, hat sich das SED-Regime jetzt an der schwarz-rot-goldenen Fahne vergriffen. Die Volkskammer hat am 1. Oktober den Vorschlag ihrer Regierung zur Abschaffung der den Deutschen diesseits und jenseits der Grenze gemeinsame Fahne gebilligt und wird ihm, woran nach in zehn Jahren erprobter Einstimmigkeit kein Zweifel sein kann, auch in Kürze endgültig zustimmen.

Keine Maßnahme, die im Verlauf von fast eineinhalb Jahrzehnten deutscher Spaltung ergriffen wurde, ist willkürlicher als diese Trennung von der Nationalflagge. Sie ist nicht entschuldbar durch Druck von außen, sie ist auch nicht gerechtfertigt als unvermeidliche Folge einer nun einmal bestehenden Lage. Sie ist ein Akt mutwilliger Zerstörung eines Wertes, der 71 Millionen Deutschen auf beiden Seiten der Elbe teuer ist.

Unterschiedliche Flaggen werden fortan die Grenzübergänge markieren, werden deutsche Schiffe in fremden Häfen voneinander absondern, ebenso wie sie nach dem Willen der SED allem kameradschaftlichen Geist zuwider die deutschen Sportler im Ausland separieren sollen.

Nicht einmal die Spuren erschrecken Ulbrichts Partei. Die unglückliche und dennoch stolze Tradition der Flagge Schwarz-Rot-Gold, die zugleich Verkörperung der Geschichte der Demokratie in Deutschland ist, wird um ein weiteres leidensvolles Kapitel bereichert. Nach dem Frühjahr 1848 von der Reaktion verfolgt, in der ersten Republik von ihren Feinden begeistert und 1933 von Hitler unterdrückt, wird sie 1959 unter Ulbricht ein drittes Mal vom Mast geholt.

Aber nationale Symbole folgen ihrer eigenen Gesetzlichkeit; sie gewaltsam zu ändern, schafft Sinnbilder für die Oppositionellen. Würden die Abgeordneten der Volkskammer die Bilder vom ungarischen Aufstand betrachten, das kreisrunde Loch inmitten hunderter rot-weiß-grüner Fahnen müßte sie nachdenklich stimmen.

Die hinter der demonstrativen Erennung vom Symbol des ganzen Deutschland versteckten Absichten verheißen nichts Gutes für die nächste Zukunft. Sie werden den Westen anregen müssen, über die Erfolge einer Politik nachzudenken, in der dieser Übermut eines Ulbricht noch immer möglich ist. Den Deutschen aber, die künftig hinter einer fremden Flagge zu ihren Aufmärschen antreten müssen, wird der Gedanke an die Geschichte der Fahne Schwarz-Rot-Gold, ihre Unterdrückung und ihre Wiederkehr, Trost und Hoffnung zugleich sein.

Geh mit der Zeit - geh mit der SPD

Mitgliederwerbeaktion 1959 im gesamten Bundesgebiet angelaufen

sp - Seit vierzehn Tagen - genau seit dem 15. September dieses Jahres - läuft im gesamten Bundesgebiet unter dem Motto "Geh mit der Zeit - geh mit der SPD" die Mitgliederwerbeaktion 1959 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zum ersten Male seit Jahren vereinen in sämtlichen Bezirken alle organisatorischen Gliederungen der SPD ihre Bemühungen in gleichen Sinne -, im Sinne der Beschlüsse, die Parteirat und Parteivorstand am 5. Mai dieses Jahres zu dieser Mitgliederwerbeaktion 1959 faßten.

Allein diese Tatsache, die planmäßige Koordinierung aller Kräfte der 600.000-Mitglieder-Partei auf die gemeinsame Aktion verdient der besonderen Hervorhebung. In einer Zeit allgemeiner Uninteressiertheit an parteipolitischen Vorgängen darf hier ohne Überheblichkeit von einem bemerkenswerten und erfreulichen Beweis staatsbürgerlicher Bewußtseinsbildung und Initiative gesprochen werden. Dies mit umso größerem Recht, als die Mitgliederwerbeaktion 1959 im wesentlichen von der freiwilligen Mitarbeit der Mitglieder der SPD getragen wird.

"Der Erfolg der Werbeaktion 1959 wird von der Einsatzbereitschaft aller Mitglieder abhängen. Intensive Vorbereitung, fundiertes Wissen, Überzeugungskraft und Ausdauer sind notwendig", hatten Erich Ollenhauer, der Vorsitzende der SPD, und seine beiden Stellvertreter, Waldemar von Knoeringen und Herbert Wehner, Anfang September appelliert.

Die Partei ist diesem Rufe gefolgt.

Wie die ersten vierzehn Tage erwiesen haben, nimmt man es sehr ernst mit der intensiven Vorbereitung. Die vom Parteivorstand speziell für die Mitgliederwerbeaktion 1959 in ansprechendem Stile entworfenen Werbemittel werden in einem Umfang bestellt, der bereits jetzt zahlreiche "Neuauflagen" erforderlich macht. Die Plakate und Broschüren, Wandzeitungen und Flugschriften, Kurzinformationen und Tonbildserien kommen offensichtlich in den Ortsvereinen "gut an". In der Postzentrale des Parteivorstandes herrscht bereits ein Betrieb, der an die Wochen kurz vor Bundestagswahlen erinnert. Gewicht und Anzahl der täglich herausgehenden Sendungen hat sich derart gesteigert, daß vorübergehend zusätzliche Arbeitskräfte im Vertrieb eingesetzt werden mußten.

Die Werbeaktion läuft zunächst bis zum 15. Dezember dieses Jahres. Um diese Zeit wird man eine vorläufige Bilanz ziehen, das Ergebnis bekanntgeben und die erfolgreichsten Werber öffentlich ehren.

+ + +

Was die deutsche Wissenschaft braucht

sp - Für über zwei Milliarden DM müssten Hochschulbauten errichtet werden, um die deutsche Wissenschaft in die Lage zu versetzen, mit der Entwicklung anderer Industrieländer Schritt zu halten. Diese Zahl gab Bundesinnenminister Dr. Schröder in einem Rundfunkvortrag bekannt. Er stützte sich dabei auf die vorläufigen Feststellungen des deutschen Wissenschaftsrates, der gegenwärtig an der Aufstellung eines Gesamtplanes arbeitet, aus dem hervorgehen wird, wieviel Mittel notwendig sind, um nur den dringendsten Bedarf an neuen Laboratorien, Hochschulen und den dazu nötigen Lehrkräften zu befriedigen.

Es ist gut, dass sich nun auch der Bundesinnenminister, der lange Zeit für die Notschreie der deutschen Wissenschaft ein taubes Ohr besass, nicht mehr dem Gedanken einer grosszügigen Förderung von Wissenschaft und Forschung verschliesst. Jede Mark, die hier angelegt wird, ist Kapital für die Zukunft. Im Vergleich etwa zur Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sind wir auf dem Gebiete von Wissenschaft und Forschung ohnehin schon in Rückstand geraten, den es aufzuholen gilt.

Woher sollen die Mittel kommen? Der Bundesfinanzminister verweist immer wieder auf die angespannte Haushaltslage des Bundes, die Länder sehen sich auch nicht in der Lage, hier Grosszügigkeit walten zu lassen. Man wird also nach neuen Wegen der Finanzierung suchen müssen. Einer bietet sich von selbst an: die Umwandlung des Volkswagenwerkes in eine Aktiengesellschaft, deren Aktien in eine Stiftung eingebracht werden sollen. Die Regierung von Niedersachsen unter ihrem Ministerpräsidenten Kopf bereitet einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Sie hat in der Öffentlichkeit eine gute Resonanz gefunden. Die Organisationen der Wissenschaftler, der Studenten und Techniker, die Gewerkschaften und die westdeutsche Rektorenkonferenz haben positiv dazu Stellung genommen. Was aber beabsichtigt die Bundesregierung? Sie will noch in diesem Herbst die Reprivatisierung des Volkswagenwerkes aus wahltaktischen Gründen durchführen, will dieses Volksvermögen unter dem trügerischen Deckmantel der Streuung von Eigentum verschleudern. Wäre sie ein Freund der Förderung von Wissenschaft und Forschung, müsste sie von einem solchen Vorhaben ablassen und den Gedanken der Verwandlung des VW-Werkes in eine nationale Stiftung von sich aus aufgreifen.

+ + +
Berlin - "Ausland"

sp - Ein tolles Ding hat sich der Justitiar der Olympia-Werke in Wilhelmshaven geleistet. Im Zusammenhang mit der Untersuchung einer Bestechungsaffäre in Berlin wollte die Westberliner Staatsanwaltschaft bei den Olympia-Werken in Wilhelmshaven eine Hausdurchsuchung durchführen. Das war nicht möglich, weil der Justitiar dieses Werkes mit der Begründung Einspruch erhob, Westberlin sei "Ausland", und die Westberliner Staatsanwaltschaft habe in der Bundesrepublik überhaupt nichts zu sagen. Die Berliner Muttergesellschaft der Olympia-AG, die AEG, versuchte, den Schaden wieder gutzumachen und interpretierte den Einspruch des Wilhelmshavener Justitiars als "reine juristische Ausführungen, die prozessual zu Fragen der juristischen Kompetenz vorgebracht worden seien". - Hoffen wir, dass damit der Zwischenfall beigelegt ist und nicht noch andere "Justitiare" auf den Gedanken kommen, ihrer Firma peinliche Vorfälle mit einer solchen Begründung abbiegen zu können.

+ + +